



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND VERWALTUNG

am Dienstag, 20.07.2010

ÖFFENTLICH

TOP 1

Scala - Vermietung und Betriebsmodell
(Vorbereitung)

Vorl.Nr. 334/10

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** gibt bekannt, dass die Tagesordnungspunkte 7 und 8 abgesetzt seien, weil es noch Beratungsbedarf gebe. Ferner sei in der letzten Sitzung des Aufsichtsrates der Wohnbau Ludwigsburg GmbH darum gebeten worden in der heutigen gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung über die anstehenden Punkte nicht zu beschließen, sondern nur darüber zu beraten. Die Beschlüsse sollten dann in der nächsten Sitzung des Aufsichtsrates am kommenden Dienstag gefasst werden.

Stadtrat **Heer** stimmt dieser Vorgehensweise zu.

OBM **Spec** merkt an, als Begründung dieser Vorgehensweise sei angeführt worden, zur heutigen gemeinsamen Sitzung sei nicht form- und fristgerecht eingeladen worden. Zu TOP 3 sei anzumerken, dass die Unterlagen bereits Gegenstand der Beratungen im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung gewesen seien, sodass die Unterlagen rechtzeitig zugegangen waren. Ferner stehe dieser Punkt auf der Tagesordnung der morgigen Gemeinderatssitzung, zu der form- und fristgerecht eingeladen worden sei. Das Gremium sollte zum Punkt Museum eine Festlegung treffen, ob vertagt werden soll. Dann sei gegebenenfalls eine Sondersitzung des Gemeinderates notwendig.

Stadtrat **Glasbrenner** sagt, die Einladung für die heutige gemeinsame Sitzung mit dem Aufsichtsrat der WBL sei nicht form- und fristgerecht erfolgt. Die Unterlagen seien den Stadträten teils letzten Freitag, teils am Samstag zugegangen. Es seien problematische Punkte auf den Tagesordnungen, weshalb man ausreichend Zeit brauche. Zu TOP 3 merke er an, der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung könne ja beschließen, ebenso der Gemeinderat, der Baubeschluss sei aber vom Aufsichtsrat zu treffen.

Stadträtin **Liepins** merkt zu den Ausführungen von Stadtrat Glasbrenner an, es sei kein Einzelfall, dass die WBL GmbH aus ihrer Sicht zu kurzfristig zu Sitzungen einlade und nennt Beispiele.

Stadträtin **Kopf** merkt an, ihre Fraktion habe gestern beschlossen, man wolle heute über die anstehenden Themen im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung beraten.

OBM **Spec** schlägt vor, den TOP 3 in der heutigen gemeinsamen Sitzung zu beraten und morgen im Gemeinderat zu beraten und zu beschließen. Der Baubeschluss könne in der vereinbarten Sondersitzung des Aufsichtsrates WBL nächste Woche gefasst werden. Zu TOP 1 Scala würde man nun in die Beratungen einsteigen. Er weist das Gremium auf seine Möglichkeit hin, nach der Beratung des Tagesordnungspunktes zu entscheiden, ob ein Beschluss gefasst oder der Punkt vertagt werden soll. Anschließend ruft er den Tagesordnungspunkt 1 mit der Vorl.Nr. 334/10 auf.

Protokollauszug Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung 20.07.2010

Herr **Veit** (Geschäftsführer der WBL GmbH) geht auf die Entwicklungen des Scala als Gebäude und Kulturbetrieb seit Januar 2008 ein. Die Um- und Neubauarbeiten seien bis Mitte 2012 voraussichtlich abgeschlossen. Hinsichtlich der Betreuung des Scalas lägen ein Angebot der Scala Kultur gGmbH und der Fa. Dinkelacker vor. Insbesondere wolle die Fa. Dinkelacker zusammen mit dem Partner Neue Arbeit Stuttgart gGmbH, einer Gesellschaft der evangelischen Kirche, das Scala nach dem von der Stadt Ludwigsburg gewünschten CAP-Modell betreiben. Wirtschaftlich gesehen sei dieses Angebot besser als das der Scala Kultur gGmbH.

Frau **Richert** (FB Kunst und Kultur) teilt mit, die Verwaltung habe den beiden Anbietern die Eckdaten der kulturellen Leitziele der Stadt zugeleitet. Die Akzeptanz der Bewerber dieser Vorgaben seien aus der verteilten Gegenüberstellung der beiden Angebote ersichtlich (s. Anlage 1 zum Protokoll). Um die beiden Angebote hinsichtlich des kulturellen Betriebs vergleichen zu können, seien weitere Verhandlungen mit beiden Bewerbern notwendig.

OBM **Spec** freut sich, dass beide Anbieter ein Beratungs- und beschlussfähiges Konzept vorlegen konnten und eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Meyer** merkt an, er schließe sich den Ausführungen der Stadträte Glasbrenner und Liepins grundsätzlich an, was die Sitzungseinladung angehe, das Thema solle heute aber beraten werden um in der Sache voran zu kommen. Seine Fraktion wolle, dass die Ludwigsburger Kulturmittel möglichst lange unter Einschluss aller, eben auch Kulturwelt erhalten und entsprechend weiterentwickelt werde. Man wolle auch, dass zunächst mit beiden Interessenten unter Einbeziehung des Scalabeirates gleichrangig weiterverhandelt werde. Bei der Gegenüberstellung beider Angebote gebe es noch offene Fragen, die es heute nicht möglich machten einem Anbieter eine Priorität zuzuweisen. Festzustellen sei, dass auch künftig der Zuschuss gedeckelt bliebe. Seine Fraktion frage sich, wie das geplante Kulturprogramm von Dinkelacker aussehe, die Belegungsproblematik gelöst werden soll, in welcher Höhe Dinkelacker eine Förderung durch die Stadt erwarte, wie eine Vernetzung mit der Ludwigsburger Kulturszene erfolgen soll, inwieweit andere Kulturveranstalter einbezogen werden und ob bei den Vorgaben vom Fachbereich Prioritäten gesetzt werden sollten. Ferner gebe es keine Angaben über die geplante Anzahl von Veranstaltungen. Nachdem das Scala mehrfach im Gemeinderat beraten worden sei, solle auch die Gesamtentscheidung dort getroffen werden.

Stadträtin **Liepins** bedankt sich bei der Scala Kultur gGmbH für ihr großes Engagement. Aufgrund der Gegenüberstellung der beiden Angebote (s. Anlage 1 des Protokolls) hätten sich weitere Fragen ergeben, weshalb auch sie heute keine Entscheidung treffen könnten. Vielmehr schlage sie vor, dass beide Anbieter ihr Konzept in der Sitzung vorstellen und erläutern sollten.

Stadträtin **Klett-Heuchert** schließt sich Stadträtin Liepins an, sich beide Konzepte in der Sitzung vorstellen zu lassen. Käme es zu keiner Einigung mit beiden Anbietern solle neu ausgeschrieben werden.

Stadtrat **Glasbrenner** merkt an, seine Fraktion vertrete weiterhin die Auffassung, es sollte ein Investor für das Scala gesucht werden und parallel dazu, ein Betreibermodell ausgearbeitet werden. Der Betrieb des Scala durch die WBL sehe man nicht als sinnvoll an. Ferner sei der Scalabeirat ein beratendes Gremium und solle auch als solches in den Prozess eingebunden werden. Wichtige Punkte sollen in den beschließenden Ausschüssen der Stadt vorgetragen werden, um eine durchgängige Information der Mitglieder gewährleisten zu können. Aus seiner Sicht bestehe keine Dringlichkeit sich heute für einen Anbieter zu entscheiden, vielmehr könne er sich vorstellen entgegen des Beschlussvorschlags unter Punkt 2 der Vorl.Nr. 334/10 mit Kinokult e.V. keinen Folgemietvertrag abzuschließen und alles über das ganze Winterhalbjahr abzusetzen. So sei genügend Zeit, um ein passendes Betreibermodell auszuarbeiten und die entsprechenden Beschlüsse zu fassen.

Stadtrat **Haag** teilt mit, seine Fraktion könne der Vorlage 334/10 im Grundsatz zustimmen, weil

das Konzept, den Betrieb des Scala durch einen Anbieter zu organisieren, beinhaltet sei. Nach dem überraschenden Eingang des zweiten Angebotes sei für sie deutlich geworden, dass bei allen weiteren Überlegungen der Wertbegriff und die Institution Scala im Vordergrund stehen müsse. Neben der Wirtschaftlichkeit sei das Kulturangebot das wichtigste Argument für oder gegen einen Anbieter. Er schließe sich der Mehrheit an, sich die Konzepte beider Anbieter vorstellen zu lassen, wobei auch das Kulturprogramm einbezogen werden solle.

Stadtrat **Hillenbrand** merkt an, die Scala gGmbH habe sich laut der Gegenüberstellung der beiden Angebote (Anlage 1) zu mehreren Punkten nicht geäußert und habe einen Verhandlungstermin verschoben, was er nicht als positiv bewerte. Zum Anbieter Dinkelacker stellten sich die Fragen, wie dieser die vergleichsweise hohe Miete seriös erwirtschaften wolle und wie der weitere Umbau der Gastronomie ablaufen soll. Er schlage deshalb vor, den Anbieter Dinkelacker sein Konzept und die Finanzierung in einer Sitzung des Scalabeirates oder im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung vorstellen zu lassen. Gleichzeitig solle der Scalaumbau gestoppt werden, bis man sich für einen Betreiber entschieden habe.

Stadtrat Dr. **Heer** führt an, er schließe sich der Mehrheit der Vertagung an. Aufgrund des weiteren Bewerbers Dinkelacker würden, insbesondere durch die Infragestellung des ganzen Modells, nämlich Betreuung durch einen Investor, alle Aspekte nochmals diskutiert, was er als positiv bewerte. Nach einer kurzen Bewertung der Gegenüberstellung beider Angebote (Anlage 1) auch hinsichtlich der Umsetzung der „Kulturpolitischen Verortung“ stelle er fest, dass der Anbieter Dinkelacker mit einigen Punkten vorne liege.

Stadtrat Prof. **Vierling** folgert aus der Vorl.Nr. 334/10, das Angebot der Fa. Dinkelacker und die Möglichkeit einer Ausschreibung werde als Druckkulisse gegen die Scala Kultur gGmbH benutzt, wobei man eigentlich die Scala gGmbH wolle. Wolle man eine Ausschreibung machen, was er sich vorstellen könne, seien wesentliche Kriterien zu spezifizieren. Als wichtigen Aspekt sehe er dabei die Erforderlichkeit der jährlichen Zuschusshöhe und die Relation zwischen der Zuschusshöhe und der Originalität und Innovativität des Programms an.

Herr **Spear** (Büro Oberbürgermeister) teilt auf Nachfrage mit, dass die Fraktionsvorsitzenden am Montag vergangener Woche im Ältestenrat über den Eingang eines zweiten Angebotes zu Scala informiert worden seien. Mittwochs sei dies dann in der Ludwigsburger Kreiszeitung (LKZ) thematisiert worden. Er betone, dass diese Information nicht von der Stadtverwaltung an die LKZ weitergegeben worden sei.

OBM **Spec** stellt fest, man sei daran interessiert eine Lösung für das Scala zu finden, die einen reibungslosen Betrieb für alle Beteiligten sicherstelle. Eine gute Kommunikation zwischen den einzelnen Teilbereichen wie Kultur- und Kinobereich des Scala vor Ort sei dabei wichtig. In der aktuellen Situation sei es für Anbieter schwer einzuschätzen, welche Pachthöhe realisierbar sei, was auch bei der Scala Kultur gGmbH intern zu mehr Beratungsbedarf geführt habe. Die Verwaltung habe die Intention die Gremien zeitnah zu informieren. Er könne den Wunsch, dass beide Anbieter ihr Konzept vorstellen sollen, nachvollziehen und schlägt vor, dies in einer gemeinsamen Sitzung des Aufsichtsrates der WBL GmbH und des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am kommenden Dienstag zu ermöglichen. Eine Entscheidung könnte dann in der ersten Sitzung des Gemeinderates nach der Sommerpause am 22.9. erfolgen, sofern dies wegen einzuhaltender Fristen hinsichtlich des Konjunkturprogramms des Bundes noch reiche.

Herr **Veit** bestätigt, man habe Mittel in Höhe von 500.000,-€ aus dem Konjunkturpaket des Bundes bewilligt erhalten. Voraussetzung für den Abruf der Mittel sei, dass mit dem Umbau noch dieses Jahr begonnen werde und nächstes Jahr abgeschlossen sei. Nach jetzigem Stand gehe er davon aus, dass in etwa 3 Wochen die Baugenehmigung erteilt werde. Eine mögliche Abstimmung bezüglich des Gaststättenbereiches mit dem neuen Betreiber vor Baubeginn wäre aus seiner Sicht empfehlenswert.

Herr **Iseler** (Scala Kultur gGmbH) bringt zum Ausdruck, Ziel und Vision der ausschließlich

gemeinnützig Tätigen der Scala Kultur gGmbH sei immer gewesen das Scala zu einer guten Kulturstätte zu machen und ohne Gewinn Kultur zu verkaufen. Er überlege sich aufzuhören, weil ihnen kein Vertrauen entgegen gebracht würde. Ihn störe es furchtbar, wenn Stadträte ein Stuttgarter Unternehmen als Kulturunternehmen hier anheuern wollten. Er wisse nicht, ob die Scala Kultur gGmbH in der Sache weitermache. Die Scala gGmbH werde sich künftig auf die angesetzten 50 Veranstaltungen beschränken, sofern dies die Stadt finanziell fördere.

Stadtrat **Meyer** führt aus, seine Fraktion wolle eine langfristige Lösung für das Scala finden. Man sehe das Angebot der Fa. Dinkelacker als eine Möglichkeit, aber nur in Verbindung mit der Ludwigsburger Kulturszene. Er bitte Herrn Iseler um Verständnis die Angebote sorgsam prüfen zu wollen und sich durch die Verwaltung verschiedene Möglichkeiten der beiden Angebote aufzeigen zu lassen. Man sei froh, die Scala Kultur gGmbH in Ludwigsburg zu haben.

Nach eingehender Diskussion entscheiden auf Vorschlag von OBM Spec der Aufsichtsrat Wohnbau Ludwigsburg GmbH und der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung gemeinsam und einstimmig, dass in einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung und dem Aufsichtsrat Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH am 14.09.2010 um 17:00 Uhr die beiden Anbieter Brauerei Dinkelacker und Scala Kultur gGmbH ihre Betriebskonzepte vorstellen und eine endgültige Entscheidung in der Sitzung des Gemeinderates am 22.9.2010 erfolgen soll.

TOP 1.1

- Antrag der CDU-Fraktion vom 25.11.2009

Vorl.Nr. 546/09

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf TOP 1

TOP 2

Bestellung eines Wirtschaftsprüfers

Beschluss:

1. Für den Aufsichtsrat Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH:

- a. Der vbw Verband baden-württembergischer Wohnungsunternehmen, Stuttgart wird zum Jahresabschlussprüfer für die Geschäftsjahre 2010 bis 2014 der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH bestellt.
- b. Die Geschäftsführung wird angewiesen, in der Gesellschafterversammlung der WBL und auch für die FML, den vbw Verband baden-württembergischer Wohnungsunternehmen, Stuttgart zum Jahresabschlussprüfer für die Geschäftsjahre 2010 bis 2014 zu bestellen.

2. Für den Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung

Der Oberbürgermeister als Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH wird beauftragt, den vbw Verband baden-württembergischer Wohnungsbauunternehmen, Stuttgart zum Jahresabschlussprüfer für die Geschäftsjahre 2010 bis

2014 zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung des Aufsichtsrates Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH zu Ziffer 1 erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Abstimmung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung zu Ziffer 2 erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Herr **Veit** (Geschäftsführer WBL GmbH) beantwortet Fragen aus dem Gremium.

Stadtrat **Glasbrenner** äußert die Bitte, künftig in den Beschlusstext mit aufzunehmen, wen man wie beauftragen wolle.

Anschließend stellt OBM **Spec** die Ziffern 1 und 2 der Vorlage 20/2010 getrennt zur Abstimmung.

TOP 3

Offensive Innenstadt
- Sanierung und Erweiterung Eberhardstraße 1
für das Städtische Museum, den Kunstverein
und die Tourist-Information
1. Baubeschluss
2. Vergaben
3. Beauftragung Museumsgestalter
4. Kenntnisnahme Folgekosten
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 188/10

Abweichender Beschluss:

1a.) Nachdem die Vorgaben aus den bisherigen Gremienbeschlüssen bezüglich der Baukosten (7,7 Mio. EUR) eingehalten werden, wird vom Gemeinderat die Vergabe folgender Bauleistungen für das Konjunkturprojekt Museum mit Kunstverein und Tourist-Info in der Eberhardstraße 1 beschlossen:

	Gewerk	Firma	Vergabesumme inkl. 19 % MwSt.
1.1	Rohbauarbeiten	Amos GmbH & Co. KG Daimlerstraße 1 74336 Brackenheim	1.940.000 EUR
1.2	Zimmer-, Dachdecker,- u.	Holzbau Gebr. Pappe GmbH	583.000 EUR

	Holzbauarbeiten	Pergamentergasse 17 99084 Erfurt	
1.3	Heizungsinstallation	KWK GmbH & Co. KG Im Brühl 76 74348 Lauffen	319.000 EUR
1.4	Lüftungsinstallation	KWK GmbH & Co. KG Im Brühl 76 74348 Lauffen	243.000 EUR
1.5	Sanitärinstallation	Schmid GmbH Marbacher Weg 76 74321 Bietigheim-Bissingen	103.000 EUR
1.6	Elektroinstallation	Schlagenhauf GmbH Ludwig-Lutz-Straße 8 73479 Ellwangen	582.000 EUR
1.7	MSR-Installation	Kieback & Peter GmbH & Co. KG Breitwiesenstraße 28 70565 Stuttgart	104.000 EUR

1b.) Der Kostendeckel von 7,7 Mio. € ist einzuhalten.

2.) Beauftragung Museumsgestaltung

Die Gesamtaufwendungen für die Museumsgestaltung in Höhe von 1,29 Mio. EUR werden freigegeben. Die Finanzierung erfolgt über den städtischen Vermögenshaushalt (HHST. 2.3210.9351.000-0102 / 2.3210.9352.000-0102).

Das Büro HG Merz GmbH, Ostendstraße 110, 70188 Stuttgart, wird mit der Museumsgestaltung mit einer Honorarsumme in Höhe von 226.000,-- EUR inkl. 19 % MwSt. beauftragt.

3.) Von der Folgekostenberechnung in Anlage 2 wird Kenntnis genommen. Gegenüber dem Grundsatzbeschluss hat sich die Miete von ca. 231 T€ pro Jahr auf ca. 193 T€ pro Jahr verringert, da sich die Finanzierungskosten aufgrund der günstigen Kreditkonditionen reduziert haben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Das Gremium wünscht keinen Sachvortrag.

Stadtrat Dr. **Schwytz** hebt die Wichtigkeit des Projektes für die Innenstadtentwicklung hervor. Eine Verschiebung des Vorhabens käme nicht in Frage, weil dies Mehrkosten verursachen würde und für die Zuschussgeber ein falsches Signal wäre. Er sei auch überzeugt, sollte es zu Finanzlücken kommen, könnten diese aufgrund von Mehreinnahmen des sich abzeichnenden

Konjunkturaufschwungs oder Umschichtungen im Haushalt gefüllt werden. Er bitte die Verwaltung im Namen seiner Fraktion künftig bei gleichgelagerten Projekten in den Vorlagen konkret auszuweisen, ob ein Zuschuss nur beantragt oder bereits bewilligt wurde. Die Zuschüsse seien für die Eberhardstr. 1 gestellt und die CDU-Fraktion stehe zu dem Projekt.

OBM **Spec** schlägt daraufhin vor, die Vorl.Nr. 188/10 dahingehend abzuändern, dass aus Ziffer 1 des Beschlussvorschlages Ziffer 1a, und die Ziffer 1b mit dem Wortlaut „Der Kostendeckel von 7,7 Mio € ist einzuhalten“ neu eingefügt werden soll.

Stadtrat **Schwytz** stimmt dem zu.

Stadtrat Dr. **Bohn** sieht es als fraglich an, ob das Projekt zu 7,7 Mio € realisiert werden kann. Zu Beginn der Planungen hätten die Baukosten 5,7 Mio. € betragen, jetzt 7,7 Mio. €. Als weiteres Problem sehe er die Höhe der Folgekosten. Die angegebene Entlastung von 176.000,-€ gelte zwar für das Projekt, aber nicht für die Stadtkasse selber. Das alte Museum müsse schließlich weiterbetrieben werden. Er könne die optimistische Haltung bezüglich der Wirtschaftslage und Haushalte der öffentlichen Hand mit Stadtrat Schwytz nicht teilen. Seine Fraktion könne in der Endabstimmung deshalb nicht geschlossen für das Vorhaben stimmen.

Stadtrat **Glasbrenner** bittet um Stellungnahme zur Verwendung des Dachgeschosses, Kosten und Amortisierung der Geothermie, Berechnung der geringeren Miete an die WBL GmbH, das Aussehen des Innenhofes und einer möglichen Senkung der Qualität, des Standards und des Umfangs aufgrund der aufgehobenen Ausschreibung und der Vergabe von 2 Hauptgewerken mit 20 % niedrigeren Kosten. Ferner stelle sich die Frage, weshalb der FB 48 innerhalb kurzer Zeit zweimal umziehe. Seine Fraktion sehe ein hohes Kostenrisiko, weil es sich bei der Eberhardstraße 1 um ein denkmalgeschütztes, altes Gebäude handle. Erfahrungsgemäß könne es bei solchen Projekten leicht zu Unvorhergesehenem kommen, wofür kein Budget mehr vorgesehen sei. Nach Baubeginn könne das Vorhaben nicht mehr gestoppt werden. Er meint, voraussichtlich wäre die kleinere Lösung mit der Villa Franck die richtigere gewesen.

Stadträtin **Klett-Heuchert** geht auf die bisherigen Entwicklungen des Projektes und die damit verbundenen Probleme wie Baustop, Umplanung der Tourist-Info, Kostenreduzierung und Haushaltskonsolidierung ein. Auch aufgrund der hohen Folgekosten in Höhe von 250.000,-€, die das Projekt jährlich verursache, sei ein Teil ihrer Fraktion gegen das Vorhaben, man werde aber mehrheitlich dem Baubeschluss zustimmen.

Stadtrat Dr. **Heer** führt aus, seine Fraktion werde dem Beschlussvorschlag geschlossen zustimmen und man solle bei der von vor vier Jahren gefassten Grundsatzentscheidung bleiben.

Stadträtin **Burkhardt** begründet ihren Antrag, Vorl.Nr. 339/10, mit der aktuellen Haushaltslage, der Befürchtung unvorhersehbarer Kosten, und steigender Baukosten. Sie bitte über den Antrag abzustimmen, sie werde diesen morgen im Gemeinderat nochmals stellen.

BM **Schmid** teilt mit, die Folgekosten seien aus seiner Sicht eher konservativ gerechnet. Man habe 1,5 % Instandhaltungsrücklage in Höhe von 115.500,-€ vorgesehen, die voll eingerechnet in den Saldo, der dann in 252.000,-€ eingehe. Diese Kosten würden anfangs nicht fließen, sondern über mehrere Jahre im Mittel gesehen anfallen. Er fände es gut, diese Vorgehensweise auch bei anderen Projekten zu übernehmen und diese Mittel in eine entsprechende Rücklage fließen zu lassen. Die Aufhebung der Ausschreibung habe sich ergeben, weil die Gewerke Rohbau und Lüftung über 20 % der Baukosten betragen würden. Durch die Wahl eines anderen Verfahrens bei der Baugrubensicherung und der Betonqualität habe man Einsparungen von mehreren 100.000,-€ erzielen können. Das Dachgeschoss des Gebäudes mit 420 qm solle künftig für Archivzwecke genutzt werden. Die Geothermie koste etwa 96.000,-€ und werde von den Stadtwerken übernommen. Die künftige Miete an die WBL GmbH von 193.250,-€ sei als günstig zu werten und sei zu Beginn der Verhandlungen höher gewesen. Die WBL GmbH bekomme günstige Kreditkonditionen und könne so die Mietforderung reduzieren. Hinsichtlich des Beitrages von

Stadträtin Burkhardt verweise er auf die Vorl.Nr. 342/10, worin die Auswirkungen einer abschnittswisen Bauweise aufgezeigt werden. Zudem seien die bewilligten Zuschüsse aus dem Konjunkturprogramm mit nahezu 2 Mio. € daran gebunden, dass sie bis Ende nächsten Jahres abfließen. Zum Thema unvorhersehbare Kosten nennt er die Arena, für deren Bau 15 Mio. € veranschlagt worden seien, brutto etwa 16 Mio. gekostet habe, wovon 8 Mio. € für Maßnahmen zur Qualitätssteigerung enthalten seien, die vom Gemeinderat beschlossen worden seien. Als weiteres Beispiel dazu führt er die Anton-Bruckner-Schule an.

OBM **Spec** merkt an, die Erbpacht, die für die Villa Franck erzielt werde, könne nicht als allgemeines Deckungsmittel im Haushalt eingesetzt werden, aber dem Projekt Eberhardstr. 1 zugerechnet werden. Die Villa Franck sei eine Stiftung mit der Ausrichtung für gemeinnützige und kulturelle Nutzung.

Stadtrat Dr. **Bohn** merkt an, er wolle nur feststellen, dass es sich bei diesen Mieteinnahmen um keine zusätzlichen Einnahmen handle und man diese auch für einen anderen gemeinnützigen Zweck verwenden können hätte. Er streite nicht ab, dass diese Mittel so gut verwendet seien. Zur Höhe der Investitionskosten weist er auf die Vorl.Nr. 283/10 hin, worin diese mit 5,7 Mio. € beziffert werden würden. Nach einer Überarbeitung von Prof. Lederer sei man bei 6,25 Mio. € gewesen, jetzt bei 7,7 Mio. €. Er betone, die SPD und die Freien Wähler hätten sich immer wieder für niedrigere Standards ausgesprochen. Nachdem auch die Nutzung der Räume im Untergeschoß möglich wurde, habe man die Notwendigkeit eines neuen Mittelbaues in Frage gestellt, was von der Mehrheit nicht befürwortet worden sei. Er weise darauf hin, dass sie sich von vornherein für eine bescheidenere Planung ausgesprochen hätten.

OBM **Spec** entgegnet daraufhin, der Gemeinderat habe sich mit all diesen Fragen intensiv auseinandergesetzt habe und verweist auf den gefassten Grundsatzbeschluss dem Bau zuzustimmen, wenn die Kosten von 7,7 Mio. € eingehalten werden.

Auf Nachfrage von Stadtrat Dr. Vierling teilt OBM **Spec** mit, er sehe keine Gefahr den Zuschuss von 700.000,- € Städtebauförderung nicht zu erhalten. Er habe noch nie eine Zusage erhalten, die vom Wirtschaftsministerium in Stuttgart nicht eingehalten worden wäre.

Stadtrat **Glasbrenner** gibt zu Protokoll:

„Ich halte die angesetzten Mieten für das jetzige Museum und das neue Museum für völlig unverhältnismäßig zueinander. Eine Instandhaltungsrücklage, gedankliche Rücklage gleich Abschreibung von 1,5 % ist völlig unauskömmlich.“

OBM **Spec** sagt, man werde kommenden Dienstag in der Sitzung des Aufsichtsrates der WBL GmbH über das Projekt abstimmen. Danach stellt er als erstes den Antrag der Fraktion LUBU/Die Linke mit der Vorl.Nr. 339/10 für die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung zur Abstimmung.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 2 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend stellt OBM **Spec** die Vorl.Nr. 188/10 mit der Einfügung einer Ziffer 1b mit dem Wortlaut „Der Kostendeckel von 7,7 Mio. € ist einzuhalten.“ für die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung zur Abstimmung.

Es erfolgt eine Sitzungsunterbrechung von 8 Minuten.

Beschluss:

Der Baubeginn des Umbaus des städtischen Museums Ludwigsburg wird verschoben, bis die Ergebnisse der Neuausschreibung der Baumaßnahmen und die Höhe der Zuschüsse schriftlich vorliegen und die Talsohle des Einnahmenrückgangs im städtischen Haushalt überwunden ist.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 2 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf zu TOP 3.

TOP 4

Rechenschaftsbericht zur Jahresrechnung 2009

TOP 4.1

Bericht
(Vorberatung)Vorl.Nr. 243/10

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt OBM **Spec** die Zustimmung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung fest, die Tagesordnungspunkte 14 ff zu vertagen.

Stadtrat Dr. **Vierling** beantragt in diesem Zusammenhang bei der künftigen Beratung des Tagesordnungspunktes 15 den Punkt 15.2 hinter Punkt 15.4 zu stellen.

OBM **Spec** sagt zu, dies bei der Aufstellung der entsprechenden Tagesordnung zu berücksichtigen.

Herr **Kistler** (FB Finanzen) stellt anhand einer power point Präsentation die Ergebnisse des Rechenschaftsberichtes zur Jahresrechnung 2009 vor. Im Verwaltungshaushalt habe das Ergebnis um 8,5 Mio. € verbessert werden können. Dies sei insbesondere auf Mehreinnahmen von Steuern und Wenigerausgaben durch Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen zurückzuführen. Der Verwaltungshaushalt habe eine Zuführungsrate von 20,5 Mio € erwirtschaftet. Zum Vermögenshaushalt führt er aus, in der Summe würden 3,7 Mio € weniger Rücklagenentnahme benötigt und es seien in 2009 keine Kreditaufnahmen getätigt worden. Anhand von Schaubildern

Protokollauszug Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung 20.07.2010

erläutert er die Entwicklung des Schuldenstandes und der Allgemeinen Rücklage. Die im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes für den Finanzbereich festgelegten Indikatoren seien alle 4 überschritten. Dazu gehörten, dass die Rücklage mindestens die vierfache Mindesthöhe betrage, eine Zuführungsrate von mindestens 8 Mio. € erwirtschaftet werde, die pro Kopf-Verschuldung unter dem Landesdurchschnitt und die Steuerkraftsumme pro Einwohner über dem Landesdurchschnitt liege.

TOP 4.2

**Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben
im Rechnungsjahr 2009**

Vorl.Nr. 241/10

Beschluss:

Die im Rechnungsjahr 2009 entstandene überplanmäßige Ausgabe bei der Finanzposition 1.8450.8070.000, Zinsen für Werklohnstundung Arena in Höhe von 57.353,34 EUR wird genehmigt.

Die Deckung erfolgt durch Mittel der Deckungsreserve bei der Finanzposition 1.9100.8500.000.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Das Gremium verzichtet auf eine Aussprache.

OBM Spec stellt die Vorl.Nr. 241/10 und 242/10 gemeinsam zur Abstimmung.

TOP 4.3

**Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben
im Rechnungsjahr 2009**

Vorl.Nr. 242/10

Beschluss:

Die im Rechnungsjahr 2009 entstandene überplanmäßige Ausgabe bei der Finanzposition 1.8710.8070.000, Zinsen für Werklohnstundung Arena Tiefgarage in Höhe von 94.465,96 EUR wird genehmigt.

Die Deckung erfolgt durch Mittel der Deckungsreserve bei der Finanzposition 1.9100.8500.000.

Abstimmungsergebnis:

Siehe Abstimmungsergebnis bei TOP 4.2.

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf zu TOP 4.2.

TOP 5

Nachtrag 2010
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 244/10
Vorl.Nr. 245/10

Beschluss:

Aufgrund der §§ 79 und 82 der Gemeindeordnung wird folgende Nachtragshaushaltssatzung 2010 erlassen:

§ 1

Haushaltsplan

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 wird durch den Nachtragshaushaltsplan wie folgt geändert: Es erhöhen bzw. vermindern sich

- | | | |
|---|---|---------------|
| (1) die Einnahmen und Ausgaben
des Verwaltungshaushalts
des Vermögenshaushalts | je um +) 2.520.200 EUR auf 272.597.800 EUR
je um -) 3.625.300 EUR auf 41.126.050 EUR | |
| (2) der Gesamtbetrag der vorgesehenen
Kreditaufnahmen für Investitionen
und Investitionsförderungsmaßnahmen
(Kreditermächtigung) | unverändert | 0 EUR |
| (3) der Gesamtbetrag der
Verpflichtungsermächtigungen | um +) 1.550.000 EUR auf | 7.397.000 EUR |

§ 2

Kassenkredite

Die Fassung in der Haushaltssatzung vom 17.12.2009 bleibt unverändert.

§ 3

Gemeindesteuern

Die Fassung in der Haushaltssatzung vom 17.12.2009 bleibt unverändert.

§ 4 - entfällt

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Herr Kiedaisch (FB Finanzen) führt an, man wolle heute den Nachtrag auch im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung zur Abstimmung stellen, nachdem mehrheitliche Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales und des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt hinsichtlich des Nachtragshaushaltes vorlägen.

Die Stadträte Dr. **Vierling**, Dr. **Heer** und OBM **Spec** diskutieren inwieweit die gesetzten Konsolidierungsziele im Finanzplanungszeitraum erreicht worden sind und werden.

Stadtrat **Hillenbrand** stellt fest, er könne dem Nachtrag 2010 wie schon dem Haushalt 2010 nicht zustimmen, weil er die bestmögliche Einnahmeausschöpfung nicht sehe.

Auf Nachfrage von Stadtrat Glasbrenner teilt Herr **Hornung** (FB Liegenschaften) mit, die ATEGE habe in Aussicht gestellt bis August einen Bauantrag einzureichen. Momentan sei man mit dem Notar in der Terminabstimmung wegen Abschluss des Kaufvertrages.

OBM **Spec** stellt die Vorl.Nr. 244/10 zur Abstimmung.

TOP 6

Reduzierung des Zuschusses und vorzeitige
Verlängerung der Beteiligung der
Stadtverwaltung am Ludwigsburger Innenstadt
Verein (LUIS e.V.)

Vorl.Nr. 183/10

Beschluss:

Die Stadt Ludwigsburg reduziert ihre maximale, jährliche Beteiligung am Ludwigsburger Innenstadt Verein (LUIS e.V.) ab dem 01.01.2010 von bisher bis zu 115.000,- € auf eine Summe von bis zu 110.000,- € und schreibt diese Höchstsumme für den Zeitraum 2010 bis 2012 fest. Die Höhe der städtischen Beteiligung orientiert sich weiterhin an der Summe der von privaten Vereinsmitgliedern eingehenden Beiträge und Sponsorings, ist jedoch nach oben gedeckelt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Herr **Steinert** (Ref. Nachhaltige Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung) und OBM **Spec** gehen auf die Fragen der Stadträte Kopf, Dr. Bohn, Glasbrenner und Dr. Vierling zu den Themen Verlängerung des Arbeitsvertrages der Innenstadtbeauftragten, Zulässigkeit einer ständigen Wirtschaftsförderung aus europarechtlicher Sicht, Höhe der Einnahmen von LUIS durch Mitgliedsbeiträge und Zuschusshöhe der Stadt, ein.

OBM **Spec** stellt die Vorl.Nr. 183/10 zur Abstimmung.

TOP 7	Ludwigsburg-Fonds - Verwendung der außerordentlichen Zinserträge (Vorberatung)	Vorl.Nr. 297/10
-------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** setzt die Tagesordnungspunkte 7 und 8 im Sachzusammenhang, vor Eintritt in die Tagesordnung wegen weiterem Beratungsbedarf einzelner Fraktionen, ab.

TOP 8	Musisch-kulturelle Bildungsangebote in Kindergärten und Grundschulen (Vorberatung)	Vorl.Nr. 301/10
-------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf zu TOP 7.

TOP 8.1	- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.07.2010	Vorl.Nr. 343/10
---------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf zu TOP 7.

TOP 9	Bekanntgabe eines in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses	Vorl.Nr. 323/10
-------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** gibt folgenden nicht öffentlich gefassten Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 13.07.2010 bekannt.

„Auf die Ausübung des der Stadt Ludwigsburg gemäß § 24 Abs. 1 Ziff. 1 BauGB zustehenden Vorkaufsrechtes an einer Teilfläche von ca. 100 m² des Grundstücks der

Markung Ludwigsburg

Flst. 5836 Robert-Bosch-Straße 1
Gebäude- und Freifläche -: 6 a 55 m²

Verkäufer:

Ingeborg Häberle, Dieter Reise und Adelbert Reise

Käufer:

Herr Türkan Colpan und Frau Sükrü Colpan

wird verzichtet.”

Die Bekanntgabe erfolgt gem. § 35 Abs. 1 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg.

Anschließend wird die Sitzung für 7 Minuten unterbrochen.